



## Öffentliche Niederschrift

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Kultur,  
Soziales und Integration der Stadt Eberswalde  
am 17.03.2009, 18:15 Uhr,  
Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum, 3. Etage,  
Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

### TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses der Niederschrift der 3. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales vom 17.02.2009
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Wahl des/der Stellvertreter/in
6. Informationen der Vorsitzenden
7. Einwohnerfragestunde
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
  - Stand Familiengarten
  - Stand AG Graffiti
9. Auswertung der 1. Integrationskonferenz
10. Aufgaben des Ausschusses
11. Informationsvorlagen
12. Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohner/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gem. Hauptsatzung
13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

**TOP 1**

**Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Frau Röder begrüßt alle Anwesenden zur 1. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration.

**TOP 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Frau Röder stellt fest, dass form- und fristgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Stadtverordnete anwesend.

**TOP 3**

**Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses der Niederschrift der 3. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales vom 17.02.2009**

Frau Röder informiert, dass in der öffentlichen Tagesordnung der Ausschuss falsch benannt wurde.

Es wurden 5 Abstimmungsergebnisse schriftlich abgegeben.

**Einwendungen zur Niederschrift des Ausschusses für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales vom 17.02.2009.**

Herr Zinn:

Seite 6, letzter Absatz ... um keine Werbebroschüre, **sondern um ein DGB-Ratgeber** zu Rechten und Pflichten bezüglich Ein-Euro Jobs.

Seite 11, vorletzter Absatz, „**die Fraktion Die Linke**“...ebenfalls ablehnt.

Frau Dr. Brauns:

TOP 14, Die Teilüberschriften sind nicht schlüssig.

Frau Röder gibt die schriftlich eingereichten Abstimmungen bekannt:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

**TOP 4**

**Feststellung der Tagesordnung**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**TOP 5**

**Wahl des/der Stellvertreter/in**

Frau Röder schlägt Frau Stüber als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration vor.

Sie bittet um weitere Vorschläge. Es werden keine Vorschläge mündlich vorgetragen.

Frau Röder bittet um offene Abstimmung, da keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Frau Stüber nimmt die Wahl an.

**TOP 6**

**Informationen der Vorsitzenden**

Sie bittet Herrn Landmann um eine kurze Information zum Bürgerbildungszentrum (BBZ).

Herr Landmann informiert, dass in einem Forum mit den Stadtverordneten und anschließend in einem Forum mit der Bürgerschaft das BBZ vorgestellt wurde.

Im Monat April wird dieses Konzept in allen Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Die Vorlage beinhaltet den Wunsch der Verwaltung nach einer Zustimmung zu weiteren Planungen.

Das gesamte Konzept wird noch im März in das Internet der Stadt eingestellt.

Arbeitsplan

Frau Röder erklärt, dass der Entwurf des Arbeitsplanes als Tischvorlage ausgeteilt wurde.

Sie bittet, bis zum nächsten Ausschuss diesen Entwurf zu prüfen und evtl. Ergänzungen und Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Zinn weist darauf hin, dass der Entwurf des Arbeitsplanes unter Punkt 10 behandelt werden sollte, da er Vorschläge unterbreiten möchte. Frau Röder bittet um die Anmerkungen.

Herr Zinn bittet um die Aufnahme folgender Punkte:

Monat Mai - Bericht zum Stand der Vorbereitung des Freiwilligentages

- Zoo
- Familiengarten
- Armuts- und Sozialbericht aus der Sicht der Stadt Eberswalde.

Frau Röder verweist hin

- auf das Benefizkonzert anlässlich der Internationalen Woche gegen Rassismus am 19. März,
- auf eine Landesinitiative „Marktplatz der Möglichkeiten“, download Land Brandenburg „Marktplatz der Möglichkeiten“
- auf einen Preiswettbewerb für Kinderkrippen in Höhe von 5.000,00 [www.betrifftkinder.de](http://www.betrifftkinder.de)

#### **TOP 7**

##### **Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

#### **TOP 8**

##### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

###### Stand Familiengarten

Herr Landmann berichtet, dass der Betrieb des Familiengartens in der Saison 2009 personell gewährleistet werden kann.

Durch MAE-Kräfte, Kommunal-Kombi und durch eigenes Personal wird die Erhaltung des Gartengeländes und der Gebäude sichergestellt. Eigene Veranstaltungen sind nicht mehr geplant. Über stattfindende Veranstaltungen auf Risiko Dritter, sprich Künstleragenturen etc., und auch Messen verweist Herr Landmann auf die entsprechenden Presseberichte.

Die Stadt hat noch eigene Theaterprojekte im Familiengarten. Diese sind, was die Technik, die Betreuung der Agenturen und die Räumlichkeiten betrifft, an den entsprechenden Tagen abgesichert.

Auf die Frage diesbezüglich von Herrn Eydam erklärt Herr Landmann, dass der Familiengarten nicht mehr als eigenes Amt geführt wird. Er ist eingebunden in den Bereich des Ordnungsamtes.

Mit der Absicherung der Saison 2009 ist Herr Birk, Amtsleiter Ordnungsamt, beauftragt worden.

Der Veranstaltungsteil wird durch zwei Mitarbeiterinnen des

Ordnungsamtes abgesichert, zusammen mit einem Mitarbeiter des Kulturamtes. Frau Cybulla wird die technischen Angelegenheiten übernehmen. MAE- und Kommunal-Kombi-Kräfte sind ebenfalls beschäftigt. Herr Birk hat den Auftrag erhalten, die Verpachtung vorzubereiten.

Zusätzliche Personalkosten fallen daher nicht an - eher weniger.

Im Bereich der Sachkosten wird marginal mehr benötigt für die Grünflächenpflege und zur Abdeckung von Kosten für eine Wachschutzfirma zur Absicherung des Info-Punktes an den Wochenenden.

### Stand AG Graffiti

Herr Landmann berichtet, dass unter Leitung von Herrn Holzhauer diese Arbeitsgruppe existent war. Diese AG war nicht dafür geeignet, die Probleme zu beseitigen. Die Arbeit dieser Arbeitsgruppe ist sozusagen eingeschlafen.

Graffiti ist eine Straftat. Dazu fand u. a. eine Pressekonferenz mit dem Wachenleiter statt. Die Polizei wird, aufgrund vermehrter Graffitisprühereien, ihre Arbeit dahingehend intensivieren.

Auf die Frage von Herrn Zinn antwortet Herr Landmann, dass die Polizei einschätzt, dass es sich nicht um Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien handelt.

Herr Eydam fragt, welche Projekte durch die Stadt auf den Weg gebracht wurden, und nach den entsprechenden Ansprechpartnern.

Die Mitglieder des Ausschusses erhalten mit nächster Einladung eine Information dazu.

Herr Herrmann macht darauf aufmerksam, dass es eine neue preiswertere Form zum Schutz der Häuserwände gegen Graffiti gibt und dass man sich an ihn dahingehend wenden kann.

## **TOP 9**

### **Auswertung der 1. Integrationskonferenz**

Frau Röder vermittelt ihren Eindruck, dass diese Konferenz sehr gut vorbereitet war und inhaltlich sehr viel gegeben hat.

Ein Wegweiser für Migrantinnen und Migranten liegt in wenigen Exemplaren vor. Bis zum nächsten Ausschuss sollte jedem Mitglied ein solches Exemplar übergeben werden.

Herr Landmann nimmt die Auswertung vor.

Er informiert u. a. dass sich im Vorfeld dieser Konferenz eine AG gebildet hat, die sich konzeptionelle Gedanken zum Aufbau dieser Konferenz machte.

In Auswertung der Konferenz fand heute ein Gespräch statt. Es wurde festgestellt, dass gerade Vertreter von Unternehmen und die jeweiligen Kammern sich nicht bzw. nur in ganz geringem Maße an der Konferenz beteiligt haben. Gut besucht wurde die Konferenz von Vertretern der KITAS und der Schulen. Insgesamt ist festgestellt worden, dass die Konferenz sehr gut bei den Beteiligten angekommen ist. Sie wurde auf vier Themenbereiche begrenzt und daraufhin die Referate abgestimmt. Die Ergebnisse der Auswertung der Arbeitsgruppe werden einfließen in die zukünftigen Planungen nachfolgender Konferenzen.

In den Fokus muss die Arbeit der freien Träger der Jugendarbeit gerückt werden, die bedauerlicherweise nicht an der 1. Integrationskonferenz trotz Einladung, teilgenommen haben. Eine wichtige Thematik, die aufgenommen werden muss, ist die Sprachförderung.

Frau Röder erinnert an die Diskussion zur Bildung eines Integrationsbeirates in der Stadt Eberswalde.

Herr Wutskowsky erklärt, dass die ansässigen Firmen in die Vorbereitung mit einbezogen werden sollten.

In der weiteren Diskussion ging es insbesondere um die Sprachförderung der Migrantinnen und Migranten.

Frau Ebert ergänzt zum Thema Sprachförderung, dass auch das Staatliche Schulamt eingeladen wurde und am Tag davor auch eine Beratung des Netzwerkes für die Integration durchgeführt wurde, bei der der einzige Partner, das Staatliche Schulamt, nicht vertreten war. Es ging darum, dass in den Schulen mehr Sprachförderung zusätzlich angeboten werden muss.

Herr Leeske fragt, wann die nächste Konferenz geplant ist.

Herr Landmann antwortet, ca. alle 2 Jahre. Zwischenzeitlich finden Workshops statt.

Herr Leeske fragt nach dem Ziel, was will die Konferenz erreichen.

Er wünscht sich einen roten Faden für die nächsten Konferenzen.

Frau Ebert antwortet hierauf, dass es für diese Konferenz einen konzeptionellen Rahmen gab, nämlich die Bildungsoffensive frühkindliche und schulische Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, Weiterbildung (lebenslange Bildung).

Sie erwähnt das beschlossene Integrationskonzept, welches leider von den Medien in der Vergangenheit nicht wahrgenommen wurde.

Herr Zinn bittet um ein Votum des Ausschusses zur Bildung eines Integrationsbeirates.

Frau Stüber erklärt, dass der Integrationsbeirat auch in der Kommunalverfassung benannt wird.

Sie fragt nach, ob die Beiträge dieser Konferenz veröffentlicht werden könnten z. B. im Internet.

Herr Eydam liest aus der Kommunalverfassung den § 19 vor (Bildung Integrationsbeirat).

Er berichtet über seine Erfahrungen mit Arbeitskräften aus Kasachstan und bittet auch um entsprechendes Informationsmaterial aus der Konferenz.

Herr Wutskowsky wirbt um mehr Verständnis für die Migrantinnen und Migranten anhand von Beispielen (u. a. langsames Sprechen).

Herr Matis setzt als einen weiteren Schwerpunkt auf die Integration der Senioren unter den Migranten. Dies wäre ein Thema für einen der geplanten Workshops.

Herr Herrmann erklärt, dass vor Gründung eines Integrationsbeirates ein entsprechendes Feedback eingeholt werden sollte, ob er denn auch von den Migranten gewollt ist.

Frau Brodmann und Frau Stüber bitten um Abstimmung für die Gründung eines Integrationsbeirates, um ein entsprechendes Zeichen zu setzen.

Frau Röder bittet um ein Votum des Ausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

## **TOP 10**

### **Aufgaben des Ausschusses**

Frau Röder fragt die Mitglieder, ob noch über die Aufgaben des Ausschusses diskutiert werden muss.

Herr Zinn fragt in diesem Zusammenhang nach, ob einmal im Quartal eine operative Ausschusssitzung stattfinden kann.

Über entsprechende Themen muss man sich dann verständigen. Dieser Vorschlag fand die allgemeine Zustimmung der Mitglieder.

**TOP 11**  
**Informationsvorlagen**

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

**TOP 12**  
**Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohner/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gem. Hauptsatzung**

Frau Röder bittet Herrn Dr. Neubacher um Information zum Stand der Kulturmfrage.

Sie fragt Herr Landmann nach dem Umgang im Landkreis Barnim bezüglich einer Kontrolle des Waffengesetzes und ob die Stadt bestehenden Schützenvereine fördert.

Eine Antwort wird für den nächsten Ausschuss erbeten.

Herr Zinn bittet um Aussagen zu den Vorkommnissen mit den Rockerbanden am vergangenen Wochenende in der Stadt.

Er bittet um eine Aussage über die Entlassung eines Mitarbeiters aus der Projektgruppe Beschäftigungsförderung. Da aber Herr Holzhauer nicht anwesend ist, wird Herr Zinn in der Stadtverordnetenversammlung diese Anfrage stellen.

Herr Dr. Neubacher informiert über den Stand der Kulturmfrage. Per Online-Fragebogen gingen bisher 100 Antworten ein.

Es läuft noch eine zweite Umfrage unter den 45 Kulturakteuren.

Eine erste grobe Auswertung könnte im Ausschuss im April erfolgen.

Auf die Frage von Herrn Muszynski zu einer möglichen Verlängerung des Abgabetermins antwortet Herr Dr. Neubacher, dass dies natürlich möglich ist.

Frau Stüber fragt nach dem Gesprächsergebnis bezüglich des Antrages von Kontakt e.V., der im letzten Ausschuss nicht behandelt wurde.

Herr Landmann informiert, dass die entsprechenden Gespräche stattgefunden haben und eine Förderung erfolgt.

Herr Dr. Steiner stellt folgenden Antrag:

Der Ausschuss einigt sich auf eine Arbeitsweise, dass die sach-

kundigen EinwohnerInnen vor Beschlüssen gefragt werden, wie sie votieren würden.

Herr Zinn unterstützt diesen Antrag, bittet aber, dass in der Presse dies richtig dargestellt wird.

Frau Röder bemerkt, dass sie nicht unbedingt erkennen kann, was damit verfolgt werden soll. Die sachkundigen Einwohner sind auf Vorschlag der Fraktionen gewählt und stehen den Mitgliedern der Stvv **beratend** zur Seite. Da die Stimmen nicht berücksichtigt werden können, sieht sie darin keine Relevanz.

Herr Leeske befürwortet diesen Antrag, weil er dem Ausschuss eine größere Transparenz gibt und Themen noch intensiver diskutiert werden könnten. Er setzt auf die Kraft der Argumente.

Frau Frey unterstützt den Antrag.

Frau Brodmann: Die Mitglieder können anhand der Diskussion oftmals nicht erkennen, wie ihre sachkundigen Einwohner abstimmen würden. Die sachkundigen Einwohner können dadurch das Abstimmungsverhalten ihrer Mitglieder beeinflussen.

Herr Muszynski vertraut eher auf die Kraft der Argumente. Er hält dieses Instrument nicht für nötig. Im Einzelfall könnte eher eine Tendenzabstimmung stattfinden.

Frau Debernitz hält eine Abstimmung der sachkundigen Einwohner nicht für sinnvoll, die Abstimmung durch die Mitglieder sähe dadurch nicht anders aus.

Herr Eydam wäre für eine Abstimmung, bemerkt aber, dass dies keinen politischen Effekt hat.

Frau Röder bittet Herrn Dr. Steiner um die Formulierung des Antrages und um Abstimmung.

Herr Dr. Steiner:

Der Ausschuss einigt sich auf eine Arbeitsweise, dass die sachkundigen EinwohnerInnen vor Beschlüssen gefragt werden, wie sie votieren würden.

Dieses Ergebnis wird dann protokolliert.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen:	4
dagegen:	1
Enthaltungen:	2

Auf Anregung von Frau Stüber erhalten mit der nächsten Einladung alle Mitglieder des Ausschusses die bestehenden Richtli-

nien:

Förderung Freie Wohlfahrtspflege und finanzielle Förderung kultureller Maßnahmen.

**TOP 13**

**Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

Angelika Röder  
Vorsitzende des  
Ausschusses für  
Kultur, Soziales und  
Integration

Jähnel  
Schriftführerin

**Sitzungsteilnehmer/innen:**

- **Vorsitzende**  
Angelika Röder
  
- **Ausschussmitglied**  
Christoph Eydam  
Götz Herrmann  
Dr. Andreas Steiner  
Sabine Stüber  
Andreas Wutskowsky  
Carsten Zinn
  
- **sachkundige Einwohner/innen**  
Veronika Brodmann  
Birgit Debernitz  
Ute Frey  
Thomas Gelhaar  
Sascha Leeske  
Sergej Matis  
Udo Muszynski